DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

SALVADOR MELENDEZ/AP/DPA

El Salavador

Diktatur bekommt Kontra: Proteste gegen Präsident Bukele wachsen. Auch in Deutschland Aktionen. Botschaft schweigt beredt. Von Felix Mayer

Seite 9

GEGRÜNDET 1947 · **DONNERSTAG, 5. FEBRUAR 2026, NR. 30** · 2,50 EURO (DE), 2,80 EURO (AT), 3,20 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Ende jeder Kontrolle

An diesem Donnerstag läuft der »New Start«-Vertrag zur Begrenzung von Atomwaffen aus. Nach fast 60 Jahren deutet viel auf ein neues unbegrenztes Wettrüsten hin. **Von Arnold Schölzel**

COURTESY EVERETT COLLECTION/IMAGO

Die Weltuntergangsuhr steht auf 85 Sekunden vor 12: Doch Dr Strangeloves Erben haben gelernt, die Bombe zu lieben

In den vergangenen 25 Jahren haben die USA alle mit der Sowjetunion und Russland geschlossenen Abkommen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle gekündigt. An diesem Donnerstag läuft der letzte dieser Verträge aus – »New Start« aus dem Jahr 2010. Damit endet eine fast 60 Jahre andauernde Phase in den Beziehungen der atomaren Großmächte, in der das Risiko eines Weltkriegs durch Reduzierung von Atomwaffen und Trägerraketen vermindert werden sollte. Angesichts dieses Einschnitts stellten US-Atomwissenschaftler am 27. Januar die symbolische »Weltuntergangsuhr«, die sie seit 1947 veröffentlichen, auf 85 Sekunden vor Mitternacht, d. h. vor der Katastrophe. So nahe wie noch nie.

Mitte der 60er Jahre erreichte die Sowjetunion ein strategisches Gleichgewicht mit den USA. Das war die Voraussetzung für Verhandlungen zur Begrenzung strategischer Waffen (SALT) ab 1969, die zu einer Reihe von Abkommen führten und schließlich in »New Start« gipfelten. 1986 gab es laut *New York Times* (*NYT*) vom 30. Januar noch 70.400 atomare Sprengköpfe auf der Erde, heute rund 12.500. »New Start« wurde von Donald Trump in seiner ersten Amtszeit als US-Präsident nicht verlängert, das tat Joe Biden unmittelbar nach Amtsantritt 2021. Der Vertrag begrenzte die einsatzbereiten Arsenale beider Seiten auf 1.550 strategische Sprengköpfe und verpflichtete zu regelmäßigem Datenaustausch. Zudem ermöglichte er kurzfristige Vor-Ort-Inspektionen. Trump stieg aber 2019 aus dem wichtigen INF-Vertrag über die Reduzierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen aus sowie 2020 aus dem 1992 geschlossenen »Vertrag über den Offenen Himmel«, der Beobachtungsflüge über dem Territorium der Vertragsstaaten erlaubte. Seit demselben Jahr wurde russischen »New Start«-Inspektoren unter Verweis auf die Covid-19-Pandemie, später wegen des russischen Einmarsches in die Ukraine die Einreise in die USA verwehrt. Im Februar 2023 erklärte der russische Präsident Wladimir Putin daraufhin: »Russland suspendiert seine Beteiligung am ›New Start‹-Vertrag.«

Im September 2025 schlug er vor, ihn um ein Jahr zu verlängern. Trump nannte das zwar »eine gute Idee«, tat aber nichts. Im Gegenteil: Er plant mit dem »Golden Dome« (auch auf Grönland) ein Raketenabwehrsystem, das die Unverwundbarkeit des eigenen Territoriums und damit einen straflosen Erstschlag ermöglichen soll. Außerdem erwog Trump öffentlich die Wiederaufnahme von Atombombentests. Laut *NYT* entfernten die USA 2014 entsprechend dem »New Start«-Vertrag die letzten Mehrfachsprengköpfe von ihren strategischen Raketen. Die Zeitung fügte hinzu: »Ohne den Vertrag könnten Mehrfachsprengkopfraketen ein Comeback feiern.« Der *NYT* sagte Trump am 7. Januar auf die Frage zum Auslaufen des Vertrages: »Wenn er ausläuft, läuft er aus. Wir werden eine bessere Vereinbarung treffen.«

Am Dienstag betonte der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow, Putins Initiative für eine einjährige Verlängerung liege »nach wie vor auf dem Tisch«. Ein Auslaufen des Abkommens wäre »sehr schlecht für die globale Sicherheit«. Das Weiße Haus erklärte, Trump werde »entsprechend seinem Kalender über den weiteren Kurs in der nuklearen Rüstungskontrolle entscheiden«.

Am Mittwoch appellierte Papst Leo XIV. an beide Staaten, den Vertrag »nicht auslaufen zu lassen, ohne eine konkrete und wirksame Folgeregelung sicherzustellen«. Die gegenwärtige Situation verlange, »alles in unserer Macht Stehende zu tun, um ein neues Wettrüsten zu verhindern, das den Frieden zwischen den Nationen weiter bedroht«. Von westlichen Regierungen war nichts Ähnliches zu hören.

Haftstrafe für Maja T. in Budapest

Politischer Prozess

In einem international beachteten Prozess ist Maja T. am Mittwoch vom Budapester Landgericht zu einer Haftstrafe von acht Jahren verurteilt worden. Die 25jährige nonbinäre Person aus Thüringen war angeklagt, vor zwei Jahren in der ungarischen Hauptstadt gemeinsam mit anderen Antifaschisten Teilnehmer des neofaschistischen Aufmarsches zum »Tag der Ehre« verletzt zu haben. Die Staatsanwaltschaft hatte zur »Abschreckung« bis zu 24 Jahre Haft gefordert.

Direkte Tatbeteiligung konnte T. nicht nachgewiesen werden, das Verfahren wurde als reiner Indizienprozess geführt – und als Gesinnungsprozess. Denn Ungarns rechter Ministerpräsident Viktor Orbán hatte eine harte Bestrafung gefordert – als ausländische, antifaschistische LGBT-Person verkörpert Maja T. ein probates Feindbild im innenpolitischen Kultur- und Wahlkampf.

In der Untersuchungshaft war T. Schikanen und Erniedrigungen ausgesetzt und hatte sich dagegen mit einem Hungerstreik gewehrt. Mitverantwortung tragen deutsche Behörden. Denn im Juni 2024 war T. von der Berliner Polizei in einer Nacht-und-Nebel-Aktion per Helikopter nach Ungarn gebracht worden, obwohl beim Bundesverfassungsgericht noch ein Eilantrag anhängig war. Als das Gericht die Auslieferung stoppen ließ, war T. schon an die ungarische Justiz übergeben worden. Die Auslieferung insgesamt sei illegal, da die Haftumstände für nonbinäre Personen in Ungarn zuvor nicht ausreichend geprüft worden waren, urteilte Karlsruhe später.

Dass es auch anders geht, verdeutlicht der Fall der ebenfalls im Zusammenhang mit Protesten gegen den SS-Gedenkmarsch verhafteten Italienerin Ilaria Salis. Nachdem diese bei einem Gerichtstermin in Budapest in Ketten gefesselt vorgeführt worden war, war die Empörung in ihrer Heimat so groß, dass selbst die postfaschistische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni sich bei Orbán für die Antifaschistin einsetzen musste. Salis wurde nach Italien in den Hausarrest überstellt und ließ sich von dort für eine linke Partei ins Europaparlament wählen, wo sie nun Immunität genießt.

Dagegen hat die Bundesregierung niemals ernsthafte Anstrengungen unternommen, Maja T. nach der rechtswidrigen Auslieferung wieder der Orbán-Justiz zu entreißen. Deutlich wird: Nicht nur der ungarische, sondern auch der deutsche Staat will hier ein Exempel statuieren. **Nick Brauns**

jW wird herausgegeben von 3.063 Genossinnen und Genossen (Stand 7.11.2025)
www.jungewelt.de/lpg

Abstimmung
4 Thüringen: AfD-Fraktionschef Höcke scheitert mit Sturzversuch von Ministerpräsidenten Voigt

Auslaufmodell
10 Die linke österreichische Zeitschrift Tagebuch wird eingestellt. Siehe Interview Seite 3

Aufsteiger
16 Boxen: Der Berliner Weltergewichtler Victor Cakiqi kämpft sich nach oben. Von Oliver Rast

40006
4 198625 902505